

Inhalt

Vorwort zur 4. Auflage	5
Abkürzungsverzeichnis	15
Teil 1 Einführung	19
1. Sicherungstellung einer menschenwürdigen Existenz	19
2. Relevanz des Existenzsicherungsrechts	20
3. Historische Entwicklung	21
Teil 2 Strukturprinzipien des SGB II	23
1. Grundsatz der Menschenwürde	23
2. Nachrangprinzip	23
3. Erwartung des wechselseitigen Entstehens füreinander	24
4. Rechtsanspruch	25
5. Fördern und Fordern	26
6. Hilfe zur Selbsthilfe	26
7. Berücksichtigung der individuellen Lebenssituation	26
8. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	27
9. Einordnung in das Sozialgesetzbuch	28
Teil 3 Anspruchsvoraussetzungen	30
1. Berechtigter Personenkreis	30
1.1 Leistungsberechtigung	30
1.2 Altersgrenze	31
1.3 Gewöhnlicher Aufenthalt und Erreichbarkeit	31
1.4 Leistungsausschlüsse	32
1.5 Bedarfsgemeinschaft	34
2. Erwerbsfähigkeit	35
3. Einkommen und Vermögen	37
3.1 Nachrangprinzip	38
3.2 Einkommen	39
3.2.1 Definition	39
3.2.2 Modifiziertes Zuflussprinzip	39
3.2.3 Monatsprinzip	40
3.2.4 Bereite Mittel	43
3.2.5 Einkommen der Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft ..	43
3.3. Ausnahmen von der Einkommensberücksichtigung	45
3.3.1 Leistungen nach dem SGB II	45
3.3.2 Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) ..	45
3.3.3 Renten oder Beihilfen nach dem Bundesentschädigungsgesetz	46
3.3.4 Schmerzensgeld	46
3.3.5 Zweckbestimmte Leistungen	46
3.3.6 Darlehen	48
3.3.7 Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege	49

3.3.8	Zuwendungen ohne Verpflichtung	49
3.3.9	Geringfügige Einnahmen	49
3.3.10	Ersparte häusliche Verbrauchsausgaben	50
3.3.11	Einkünfte aus Kapitalvermögen	50
3.3.12	Einnahmen einer nicht professionellen Pflegekraft	50
3.3.13	Auslandsverwendungszuschlag und Leistungszuschlag für Soldaten	51
3.3.14	Überbrückungsbeihilfe	51
3.3.15	Weitergeleitetes Kindergeld	51
3.3.16	Einkünfte aus Erwerbstätigkeit jüngerer Leistungsberechtigter	51
3.3.17	Verpflegung	51
3.3.18	Geldgeschenke an Minderjährige	52
3.3.19	Einkünfte aus Ferienjobs	52
3.3.20	Überbrückungsgeld	53
3.3.21	Ausgleichsleistungen nach § 9 Abs. 1 BerRehaG	54
3.3.22	Vermögenssurrogate	54
3.3.23	Schadensersatz für beschädigtes oder zerstörtes Vermögen	54
3.3.24	Lebensunterhalt sichernde Sozialleistungen	54
3.4	Absetzungsbeträge	54
3.4.1	Auf das Einkommen entrichtete Steuern	54
3.4.2	Sozialversicherungspflichtbeiträge	55
3.4.3	Andere Versicherungsbeiträge	55
3.4.4	Geförderte Altersvorsorgebeiträge	58
3.4.5	Mit der Erzielung des Einkommens verbundene notwendige Ausgaben	58
3.4.6	Weitere pauschale Absetzungen	59
3.4.7	Absetzung bei Erwerbstätigkeit als Arbeitsanreiz	62
3.4.8	Erbrachter Unterhalt	63
3.4.9	Nach BAföG oder SGB III berücksichtigtes Einkommen	64
3.5	Kindergeld	64
3.5.1	Grundsatz	64
3.5.2	Kindergeldzuordnung beim Kind	64
3.5.3	Weiterleitung des Kindergeldes	65
3.5.4	Abzweigung	66
3.5.5	Kindergeld für mehrere Kinder	67
3.6	Kinderzuschlag	67
3.7	Wohngeld	67
3.8	Unterhaltsvorschuss	68
3.9	Einkommensarten	68
3.9.1	Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit	68
3.9.2	Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit	68
3.9.3	Einnahmen aus anderen Quellen	69

3.10	Vermögen	69
3.10.1	Zielvorstellungen des Gesetzgebers	69
3.10.2	Definition Vermögen	70
3.10.3	Verkehrswert	71
3.10.4	Schulden	71
3.10.5	Zeitpunkt der Berücksichtigung	71
3.10.6	Ausnahmen von der Vermögensberücksichtigung	72
3.11	Absetzpositionen	75
3.11.1	Grundfreibetrag	76
3.11.2	Grundfreibetrag für minderjährige leistungsberechtigte Kinder	76
3.11.3	Altersvorsorge („Riesterrente“)	77
3.11.4	Sonstige private Vorsorge	77
3.11.5	Freibetrag für notwendige Anschaffungen	78
3.11.6	Prüfungsreihenfolge	78
3.11.7	Gemischte Bedarfsgemeinschaft	79
3.12	Grundsätze der Einkommens- und Vermögensberücksichtigung ...	80
3.12.1	Alleinstehende	80
3.12.2	Bedarfsgemeinschaft ohne Kinder	80
3.12.3	Bedarfsgemeinschaft mit Kindern	80
3.12.4	Bedarfsgemeinschaft mit schwangeren oder ein Kind betreuenden Kindern	81
3.12.5	Gemischte Bedarfsgemeinschaft	81
3.12.6	Die temporäre Bedarfsgemeinschaft	83
3.12.7	Die „funktionierende Bedarfsgemeinschaft“	84
3.12.8	Die Haushaltsgemeinschaft	84
3.13	Reihenfolge der Anrechnung	86
Teil 4	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	87
1.	Übersicht über die Lebensunterhaltsleistungen	87
2.	Arbeitslosengeld II	88
2.1	Regelbedarf (§ 20 SGB II)	89
2.2	Darlehen für unabweisbaren Bedarf, der vom Regelbedarf umfasst ist (§ 24 Abs. 1 SGB II)	91
2.3	Gesondert zu erbringende Bedarfe, die vom Regelbedarf nicht umfasst sind (§ 24 Abs. 3 SGB II)	92
2.4	Abweichende Erbringung von Leistungen (§ 24 Abs. 4 bis 6 SGB II)	92
3.	Mehrbedarf	93
3.1	Für werdende Mütter	93
3.2	Für Alleinerziehende	93
3.3	Für behinderte Menschen bei Teilhabe am Arbeitsleben	95
3.4	Bei kostenaufwändiger Ernährung	96
3.5	Unabweisbarer besonderer Bedarf	98
3.6	Bei dezentraler Warmwasserversorgung	101

3.7	Begrenzung der Mehrbedarfe	102
4.	Bedarfe für Unterkunft und Heizung (§ 22 SGB II)	103
4.1	Unterkunftskosten	103
4.1.1	Tatsächliche Aufwendungen	103
4.1.2	Aufteilung	105
4.1.3	Angemessenheit	105
4.1.4	Festlegung der Angemessenheit, auch durch Satzung	110
4.2	Heizkosten	110
4.3	Angemessenheitsprüfung bei Umzug	112
4.4	Übergangsfrist bei der Berücksichtigung unangemessener Unterkunftskosten	112
4.5	Beschränkung der Kostenübernahme bei Umzug	113
4.6	Kostensenkung	114
4.6.1	Wohnungswechsel	114
4.6.2	Untervermietung	114
4.6.3	Auf andere Weise	115
4.6.4	Kostensenkungsverfahren	115
4.7	Zusicherung der Unterkunfts- und Heizkosten	116
4.8	Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten	117
4.9	Zahlung an Vermieter oder Empfangsberechtigte	117
4.10	Übernahme von Schulden	119
5.	Leistungen bei medizinischer Rehabilitation der Rentenversicherung und bei Anspruch auf Verletztengeld aus der Unfallversicherung (§ 25 SGB II)	120
6.	Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen	121
7.	Leistungen für Auszubildende	122
8.	Leistungen für Bildung und Teilhabe	124
9.	Sozialgeld (§ 19 Abs. 1 S. 2 SGB II)	128
10.	Darlehensweise Leistungserbringung, Rückzahlungspflicht	128
11.	Berechnung, Fälligkeit, Auszahlung der Leistung	130
11.1	Berechnung, Fälligkeit	130
11.2	Auszahlung der Leistungen	132
11.3	Aufrechnung	132
11.4	Erlass von Ansprüchen	133
12.	Kinderzuschlag (§ 6 a BKGG) zur Verhinderung von SGB II	134
Teil 5 Leistungen zur Eingliederung in Arbeit		136
1.	Überblick	136
2.	Allgemeine Leistungsgrundsätze des SGB III	139
2.1	Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen	139
2.2	Gleichbehandlung	139
2.3	Sitten- oder verbotswidrige Beschäftigungsverhältnisse	139
2.4	Vermittlung in Tendenzbetriebe	140
2.5	Neutralitätswahrung bei Arbeitskämpfen	140
2.6	Besondere Förderung von Berufsrückkehrern	140

2.7	Pflicht zur umfassenden Unterstützung und Beratung	141
2.8	Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Leistungserbringung	141
2.9	Prinzip der Zumutbarkeit	142
3.	Persönlicher Ansprechpartner	144
4.	Potentialanalyse	145
5.	Eingliederungsvereinbarung	146
5.1	Ziel	146
5.2	Inhalt	146
5.3	Rechtsnatur und Wirksamkeitsvoraussetzungen	146
5.4	Erfasster Personenkreis	147
5.5	Eingliederungsvereinbarung und Verwaltungsakt	147
5.6	Zeitraum	148
5.7	Nichterfüllung gegenseitiger Pflichten	148
6.	Sofortiges Tätigwerden	149
7.	Ausbildungsvermittlung	149
8.	Arbeitsvermittlung	150
9.	Berufsberatung, Eignungsfeststellung und Berufsorientierung	151
10.	Förderungsleistungen aus dem Vermittlungsbudget	151
11.	Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	152
12.	Probebeschäftigung und Arbeitshilfe für Menschen mit Behinderungen ...	153
13.	Leistungen zur Berufsausbildung	154
14.	Einstiegsqualifizierung	154
15.	Assistierte Ausbildung	154
16.	Leistungen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung	155
17.	Eingliederungszuschuss	156
18.	Weitere Eingliederungsleistungen für behinderte Leistungsberechtigte	156
19.	Kommunale Eingliederungsleistungen	158
20.	Einstiegs geld	158
21.	Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen	159
22.	Arbeitsgelegenheiten	159
22.1	Arbeitsgelegenheit als ultima ratio	160
22.2	Ermessensleistung	160
22.3	Rechtsgrund für die Zuweisung in eine Arbeitsgelegenheit	160
22.4	Angemessene Aufwandsentschädigung	161
22.5	Arbeitsgelegenheit und Arbeitsrecht	161
22.6	Sozialrechtliches Dreiecksverhältnis	162
22.7	Voraussetzungen für eine rechtmäßige Zuweisung	163
22.7.1	Zusätzlichkeit	163
22.7.2	Im öffentlichen Interesse liegend	163
22.7.3	Wettbewerbsneutralität	163
22.7.4	Zumutbarkeit	164
22.7.5	Eignung	164
22.7.6	Bestimmtheit des Arbeitsangebotes	164
22.7.7	Wertersatzanspruch	164
22.7.8	Weigerung oder Abbruch	165

23.	Beschäftigungszuschuss und Zuschuss zu sonstigen Kosten	165
24.	Freie Leistungen	166
25.	Weitergefahrung trotz Wegfall der Hilfebedürftigkeit	167
26.	Förderung schwer zu erreichender junger Menschen	168
27.	Sanktionen	168
27.1	Das mehrstufige Sanktionssystem	170
27.2	Fehlverhalten im Sinne des § 31 Abs. 1 SGB II	171
27.3	Fehlverhalten im Sinne des § 31 Abs. 2 SGB II	172
27.4	Sanktionen wegen Meldeversumnissen (§ 32 SGB II)	174
27.5	Sanktionen gegenüber jüngeren Erwerbsfähigen	175
27.6	Sanktionen gegen Sozialgeldempfanger	175
27.7	Milderung der Sanktion bei „tätiger Reue“	176
27.8	Dauer der Sanktion	176
27.9	Verfahren	177
Teil 6 Leistungserbringung durch Dritte		178
1.	Sozialrechtliches Dreiecksverhältnis	178
1.1	Die Beteiligten	178
1.2	Das Verhältnis Sozialleistungsträger – Sozialleistungsnehmer	178
1.3	Beziehungen zwischen Sozialleistungsträger und Leistungserbringer	179
1.4	Verhältnis Sozialleistungsnehmer – Leistungserbringer	179
2.	Leistungserbringungsvertrage nach SGB II	180
2.1	Subsidiarität öffentlicher Leistungen	180
2.2	Zur rudimentären Regelung des § 17 Abs. 2 SGB II	181
2.3	Einzelvereinbarungen mit den Grundsicherungstragern	181
3.	Öffentliche Ausschreibung (Vergaberecht) im SGB II	183
3.1	Öffentliche Ausschreibung	183
3.2	Zum Vergabeverfahren	183
Teil 7 Ersatzansprüche und Verpflichtungen Anderer		185
1.	Übersicht	185
2.	Ersatzanspruch bei sozialwidrigem Verhalten	186
3.	Ersatzansprüche für rechtswidrig erbrachte Leistungen	189
4.	Erstattungsanspruch bei Doppelleistungen	191
5.	Erstattungsanspruch bei kongruenten Sozialleistungen	192
6.	Erstattungsanspruch nach Streit über Erwerbsfähigkeit	193
7.	Kostenerstattung bei Aufenthalt im Frauenhaus	194
8.	Kostenerstattung bei vorläufiger Entscheidung	194
9.	Ansprüche gegen Arbeitgeber	195
10.	Ansprüche gegen Schadensersatzpflichtige	195
11.	Übergang von Ansprüchen	195
11.1	Zweck des Anspruchsubergangs	195
11.2	Rechtsfolgen eines Anspruchsubergangs	196
11.3	Legalzession	196
11.4	Voraussetzungen	197

11.5	Rückübertragung von Ansprüchen	197
11.6	Übergang von Unterhaltsansprüchen	198
11.7	Übergang von Ansprüchen gegenüber anderen Sozialleistungsträgern	199
11.8	Übergang von sonstigen Ansprüchen	199
12.	Erstattungsanspruch nach § 68 AufenthG	199
Teil 8 Verfahren und Rechtsschutz		202
1.	Gesetzliche Grundlagen des Sozialverwaltungsverfahrens	202
2.	Allgemeine Verfahrensgrundsätze	203
2.1	Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	203
2.2	Gleichheitsgrundsatz	204
2.3	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	204
2.4	Grundsatz von Treu und Glauben und Vertrauensschutz	205
2.5	Untersuchungsgrundsatz	206
2.6	Anhörung Beteiligter (rechtliches Gehör)	207
2.7	Akteneinsicht	208
2.8	Nichtförmlichkeit und Zügigkeit	209
3.	Behörde und Beteiligte als Subjekte des Sozialverwaltungsverfahrens	209
3.1	Die zuständige Behörde (Jobcenter)	209
3.2	Beteiligte, Bevollmächtigte und Beistände	210
3.3	Ausschluss wegen Befangenheit	212
4.	Das Verfahren	212
4.1	Antrag und Mitwirkung	213
4.1.1	Antrag auf Grundsicherungsleistungen	213
4.1.2	Mitwirkung	216
4.1.3	Exkurs: Besondere Informationspflichten nach SGB II	217
4.2	Sachverhaltsermittlung und Beweiserhebung	219
4.3	Verwaltungsakt (Bescheid) und Rechtsmittel	219
4.4	Widerruf und Rücknahme von Verwaltungsakten	223
4.4.1	Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsakts	224
4.4.2	Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts	224
4.4.3	Widerruf nicht begünstigender Verwaltungsakte	225
4.4.4	Widerruf begünstigender Verwaltungsakte	225
4.4.5	Aufhebung von Verwaltungsakten mit Dauerwirkung	226
4.5	Rückforderung von Grundsicherungsleistungen	227
5.	Sozialdatenschutz	228
5.1	Sozialgeheimnis	228
5.2	Datenschutz in der Grundsicherung für Arbeitsuchende	229
5.3	Übermittlung von Sozialdaten an Einrichtungen privater oder freigemeinnütziger Träger	231
6.	Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch und Amtshaftung	232
6.1	Herstellungsanspruch	232

6.1.1	Verletzung der Informationspflicht	232
6.1.2	Beweislast und Kausalität	233
6.1.3	Nachteilsausgleich	234
6.2	Folgenbeseitigungsanspruch	234
6.3	Schadenersatz als Folgenentschädigung / Amtshaftung	234
7.	Bußgeld und Leistungsmissbrauch	235
Teil 9	Sachliche und örtliche Zuständigkeit, Finanzierung und Aufsicht	236
1.	Trennungsmodell	237
2.	Zugelassene kommunale Träger (optierende Träger)	239
3.	Örtliche Zuständigkeit	240
4.	Finanzierung	241
5.	Aufsicht	242
	Literaturverzeichnis	243
	Stichwortverzeichnis	245